

Krise: Mittendrin statt fast vorbei

Bozen – Die Wogen zwischen Regierung und Gewerkschaften gingen zuletzt hoch. Wirtschaftsminister Roberto Gualtieri und Arbeitsministerin Nunzia Catalfo verhandelten [vergangene Woche](#) mit den Generalsekretären von Cgil, Cisl und Uil. Auf der einen Seite drängen die Gewerkschaften auf eine Verlängerung der sozialen Abfederungsmaßnahmen und die Beibehaltung des Entlassungsstopps: Solange der Notstand andauert, müssten Arbeitsplätze und Unternehmen geschützt werden. Andererseits spricht die Exekutive von einer Verlängerung der Covid-Lohnausgleichskasse nur bis zum 31. Jänner nächsten Jahres und von einem Entlassungsstopp bis Ende dieses Jahres. Worüber bisher kaum gesprochen wird, ist die Zeit danach.

Bange Aussichten

Die Aussichten für Italien sind in den vergangenen Tagen nicht besser geworden. Südtirol bangt um die touristische Wintersaison. Zu Beginn der Krise hatte sich der Blick immer nur auf die nächsten paar Tage oder Wochen gerichtet. Eine Zeit lang die Wirtschaft anhalten, das wird schon irgendwie gehen, so dachten viele. Wer den Blick in die Zukunft richtet, sieht nun: Wir sind mittendrin in der Krise, Ende ist keines in Sicht. Einschränkungen werden wahrscheinlich monatelang bleiben. Die Gefahr von Pleiten und Entlassungen wächst. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich zum einen die Frage, ob die bisherigen Maßnahmen zielführend waren. „Seriös lässt sich das nicht beantworten“, stellt Michael Nippa, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Bozen fest (siehe beistehendes Interview). Zum anderen gilt es abzuwägen, wie schlimm die Situation tatsächlich ist.

Momentan zählt Südtirol rund 19.000 registrierte Arbeitslose. Vor einem Jahr waren es noch 15.000. Die Zahl der [unselbstständig Beschäftigten](#) liegt bei rund 212.000, das sind 11,6 Prozent weniger als 2019. Ein klares Bild lässt sich anhand dieser Daten jedoch nicht zeichnen. Lohnausgleich und Kündigungsstopp verschleiern vieles. Allein von März bis August wurden in Südtirol 15.254.108 Stunden der Lohnausgleichskasse genehmigt. „Je länger wir da drinstecken, desto kritischer wird es“, sagt Stefan Luther, geschäftsführender Direktor der Landesabteilung Arbeit. „Die dicke Eiskecke, auf der wir gestanden haben, wird dünner, und sie wird an manchen Stellen einreißen.“

Entlassungsstopp bremst Veränderungen

Klar sei, dass die unterstützenden Maßnahmen nicht ewig gelten könnten. „Lohnausgleich und Entlassungsstopp helfen, zementieren aber zugleich die Situation“, stellt Luther fest. Dringend notwendige Veränderungen seien dadurch nicht möglich. Auch der Präsident des Südtiroler Unternehmerverbands UVS, Federico Giudiceandrea, stuft den hinausgezögerten Entlassungsstopp als Bremse ein. „Man muss den Unternehmen die Möglichkeit geben, sich zu restrukturieren und ihre Geschäftsmodelle bei Bedarf zu ändern.“ Nach einer Aufhebung des Verbots sei mit Entlassungen zu rechnen, so Giudiceandrea. Dem pflichtet [Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstituts Afi](#) bei. Entscheidend sei, den richtigen Zeitpunkt für die Aufhebung der Maßnahmen zu finden. „Erfolgt der Stopp zu abrupt oder zu früh, ist eine Kündigungswelle möglich“, sagt Perini. Wie der passende Moment identifiziert werden könne, wisse er nicht.

Fakt ist: Normativ ließen sich die Maßnahmen ewig ziehen, in der Praxis wächst der Schuldenberg der öffentlichen Hand von Tag zu Tag. „Schon jetzt“, warnt Perini, „spaltet sich die Gesellschaft immer weiter.“ Auf der einen Seite stünden die Geschützten, jene mit unbefristeten Verträgen, auch die wenigen Gewinner der Krise. Auf der anderen Seite die prekär Beschäftigten. „Es besteht die Gefahr, dass die, die bereits in der Krise auf der Schattenseite stehen, auch danach noch mal draufzahlen. Das wäre fatal für die Gesellschaft“, so Perini.

Umso wichtiger erscheint die [Verteilung der Mittel aus dem Recovery Fund](#). „Wir müssen in eine nachhaltige Wirtschaft investieren und beim Abbau der Schulden darauf achten, nicht die Schwachen zusätzlich zu belasten“, mahnt Perini. Ebenso wäre es an der Zeit, sich auf eine potenziell wachsende Zahl Arbeitsloser vorzubereiten. Die öffentliche Arbeitsvermittlung in Italien funktioniere nicht wie gewünscht. Nur drei Prozent der Stellen werden über sie vergeben. „In Südtirol ist der

Arbeitservice heute schon unterbesetzt, das kann zum Problem werden, wenn die Arbeitslosenzahlen 2021 signifikant ansteigen.“

Im Landesamt für Arbeitsmarktbeobachtung stellt man sich bereits auf steigende Zahlen ein. „Wir bauen derzeit ein Monitoring auf, um den Personalabbau zu erfassen“, erklärt Stefan Luther. Ohne eine weitere Verlängerung von Kündigungsstopp und Lohnausgleich erwarte sein Amt eine „auffällige Zahl an Abmeldungen“, die sich jedoch nicht abrupt, sondern schleichend einstellen werde. „Manche werden die Auswirkungen später spüren, zum Beispiel jene, die momentan noch Aufträge abarbeiten, aber kaum neue erhalten“, sagt Luther. Andere hätten bereits zu kämpfen, vor allem Unternehmen aus den Branchen Tourismus, Kultur und Freizeitgestaltung. Wird es einige von ihnen bald nicht mehr geben?

Vorerst keine Konkurswelle zu erwarten

Manfred Pinzger, Präsident des Hotelierversbands HGTV, rechnet nicht mit einer hohen Zahl an Konkursen: „Die meisten unserer Betriebe sind gesund, daher denke ich nicht, dass sie in Schwierigkeiten kommen“, schätzt Pinzger die Lage ein. Im selben Moment fordert er Unterstützung für die Unternehmen, um deren Überleben abzusichern. Ebenfalls keine Konkurswelle erwartet UVS-Präsident Giudiceandrea: „Wir dürfen nicht vergessen, dass wir aus Jahren mit sehr guter Wirtschaftsentwicklung kommen.“

In dieselbe Kerbe schlägt AFI-Direktor Perini. „Ein Konkursverfahren wird wenige treffen. Mehr Sorgen bereitet mir, dass viele die Lust verlieren könnten auf ihre unternehmerische Tätigkeit und ihre Firma aus freien Stücken aufgeben.“ Nichtsdestotrotz blickt Perini durchaus optimistisch in die Zukunft. „Es wird eine schwierige, aber zugleich lehrreiche Zeit. Der Südtiroler Arbeitsmarkt entwickelte sich viele Jahre lang nach demselben Muster. Nun haben wir ein großes Experimentierfeld in Sachen Arbeitsorganisation vor uns. Um es mit den Worten von A. Schumpeter zu sagen: Wir erleben gerade einen Prozess schöpferischer Zerstörung.“

Nachhaltigkeit fordert auch Stefan Luther, und zwar bei den Investitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik. „Wir brauchen auf diesem Gebiet handlungsfähige Akteure und strukturelle Veränderungen.“

Patienten sind nicht alle gleich

SWZ: Herr Professor Nippa, wie bewerten Sie die bisherigen Maßnahmen der Regierung, um die Wirtschaft zu unterstützen? Michael Nippa*: Eine generelle Bewertung halte ich aus mehreren Gründen für nicht seriös. Erstens ist eine rein ökonomische Einschätzung schwierig. Zweitens sind die Ziele und Konsequenzen vielfältig und schwierig zu objektivieren und zu quantifizieren. Wer zahlt z.B. die notwendigen Kredite zurück – und wann? Drittens kann man die



Betroffenen nicht ein [caption id="attachment_44948" align="alignleft" width="173"] Foto: unibz[/caption] fach dazu befragen, denn es findet sich immer jemand, der mehr fordert oder sich ungerecht behandelt fühlt. Viertens sind nicht alle Antragsteller auch Anspruchsberechtigte. Manche bedienen sich aus dem Zusatztopf, obwohl sie es nicht nötig hätten. Trotzdem kann man in Summe wohl mit Berechtigung sagen, dass die Maßnahmen so schlecht

nicht sind, da Südtirols Wirtschaft und Bevölkerung bis jetzt doch recht glimpflich davongekommen sind. Hinter Ihrer Frage steckt aber eigentlich eine viel grundsätzlichere Problematik. **Und zwar?** Stefan Aust, der Herausgeber der Welt am Sonntag, hat kürzlich in einem Kommentar, dem ich weitgehend zustimme, sinngemäß gefragt, inwieweit der Staat die Rolle des Marktbeschützers einnehmen kann, inwieweit er den Regenschirm über alle aufspannen kann. Aus Sicht des Staates zielen die Maßnahmen wie Kündigungsstopps und Lohnausgleichszahlungen auf eine ruhige wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage. Aber: In einer Zeit, in der viele Staaten es versäumt haben, Vorsorge zu betreiben, hat die Stützung der Wirtschaft ihren Preis. Wer zahlt die Kredite zurück? Wir werden Steuererhöhungen sehen, Sonder- und Notabgaben etc. Alle werden zur Kasse gebeten werden müssen. **Ist der Regenschirm für alle folglich der falsche Weg?** Aus den genannten sozialen und politischen Gründen nicht. Der Regenschirm schützt alle vor unvorhergesehenen Risiken. Damit verhindert er aber notwendige, wenngleich schmerzhaft Ausleseprozesse einer sich selbstregulierende Wirtschaft. Mit einem Regenschirm werden auch Unternehmen künstlich am Leben erhalten, die eine Zukunftsvorsorge haben vermissen lassen, die schlecht gemanagt werden oder nur noch Produkte herstellen für Märkte, die schrumpfen. Gibt es nicht bereits ein Überangebot an Restaurants, Bars, Ressorts, Modeläden, Kleinkunsttreibenden etc.? In Zukunft könnte sich auch die Einstellung festigen: Wenn Probleme auftauchen, wird mich der Staat schon retten. **Erwarten Sie viele Entlassungen und Konkurse, sobald der Kündigungsstopp aufgehoben wird?** Das hängt eng zusammen. Pauschal beantworten lässt sich auch diese Frage nicht. Man müsste sich Kenndaten auf Sektoren- und auf Unternehmensebene anschauen. Erstens: Welche Leistungen werden erstellt? Sind diese von Covid-19 negativ betroffen oder nicht? Zweitens: Wie schaut die Kostenstruktur aus? Welchen Anteil haben die Personal- an den Gesamtkosten? Drittens: Wie ist die Liquiditätslage? Nur wenn ich dies eingehend analysiere, kann ich beurteilen, ob jemand wahrscheinlich ohne Entlassungen auskommt. Im Südtiroler Tourismus ist die Situation natürlich sehr angespannt. Die Personalkosten sind hoch, die Liquidität ist nicht optimal nach den Einbußen des Frühjahrs. Andere Branchen, die der Gesundheits- und Grundversorgung dienen, hatten und haben ein Umsatzplus. Möglicherweise können sie einen Teil der Entlassenen aufnehmen, weil sie zusätzlichen Bedarf haben. Der Jobmarkt in Südtirol war in den vergangenen Jahren ja recht angespannt. Zudem besteht die Hoffnung, dass die vielen Südtiroler Familienunternehmer*innen bereit sind, mit dem, was sie in guten Jahren erwirtschaftet haben, ihrer Firma durch die Krise zu helfen, und so Entlassungen zu vermeiden oder zumindest abzufedern. **Wie lange, denken Sie, wird diese Krise anhalten?** Ich bin ehrlich. Die zweite Welle hatte ich in dieser Wucht und Härte nicht erwartet. Sie trifft auf weiterhin schlecht vorbereitete westliche Demokratien, die über den Sommer offensichtlich nur einen Teil ihrer Hausaufgaben gemacht haben. Die wirtschaftliche Krise wird determiniert vom Virus, das man nicht in den Griff bekommen hat. Man kann den Blick richten hin zu anderen Ländern. Einige asiatische Staaten schränken die individuellen Rechte in einer Art und Weise ein, wie wir es uns nicht wünschen. Wir haben ein anderes Verständnis von Freiheit – und zahlen den Preis dafür, zum Beispiel, einen zweiten Lockdown zu riskieren. Die Frage ist: Wie abhängig sind Wirtschaft und Steuereinnahmen von Branchen, die besonders unter Lockdowns – auch wenn sie light genannt werden – leiden? In Südtirol, das wissen wir alle, ist die Abhängigkeit vom Tourismus groß. Aber aufgrund vieler Einflussfaktoren kann man keine pauschalen Lösungen finden. Wie bei der Ärztin, die auch nicht alle Patienten gleich behandelt, ist es notwendig, nicht die Symptome, sondern die Ursachen zu behandeln und spezifische Mittel zu verabreichen. * Michael Nippa ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Bozen.